

Dienststelle

Anz.-Nr.

Ort

Datum

Ordnungswidrigkeiten-Anzeige **Urschrift des Bußgeldbescheides**

Verjährt am

Aktenzeichen der Verwaltungsbehörde	
Herrn / Frau *)	
Vornamen	
Familienname	
Straße	
PLZ/Ort	

Name und Anschrift des
gesetzl. Vertreters/Verteidigers/Zust. Bev. *)
 Führerschein Kl. ausgest. am
 durch
 erweitert
KOM/Taxi/Mietwg./*)-Fsch. ausgest. am
 durch

Dem Betroffenen wird zur Last gelegt,
 Uhrzeit

 am
 in
..... als **Führer/Halter*)**

d. (Fahrzeugart)

Fabrikat

Kennz.

als **Radfahrer/Fußgänger *)** /

Geb.-Name***)

Geb.-Tag/-Ort

 Geschlecht M = 1 ☐ W = 2 ☐

 Jugendlicher = 1 ☐
 Heranwachsender = 2 ☐
folgende Ordnungswidrigkeit(en) nach § 24 StVG/..... begangen zu haben **)

		Verl. Vorschr. §§

Bemerkungen/Tatfolgen
Beweismittel: Angaben des Betroffenen ☐ Gutachten D **Foto** D Fahrschreiber O Radarmessung G Zeugenaussage D
 Anzeigerstatte (A) / Zeugen (Z)
Verfügung der Polizei
Verwarnung in

5	10	20	30	40	50	60	70	75
---	----	----	----	----	----	----	----	----

Höhe von DM

nicht angenommen D nicht gezahlt D

 I. A.
 Unterschrift und Amtsbezeichnung des anzeigenden Beamten
Schrittliche Verwarnung / **Anhörungsbogen *)**

versandt am nicht zurückgesandt D

KBA-Anfrage ****) versandt am

 eingegangen ☐
Einstellung des Verfahrens weil

 3 Tatbeweis ☐ Täterfeststellung ☐ nicht möglich

 g Ermittlungsaufwand **unverhältnismäßig** hoch ☐

m Verzicht auf weitere Verfolgung angebracht D

Vorschlag für die Bußgeldstelle

a) Geldbuße DM

Fahrverbot Monat(e), ausgen. Kl.

 Kostenblatt anbei ☐

b) Einstellung und Kostenentscheidung

 gemäß § 25 a StVG ☐
Anm.:

..... den

 I. A.
 Unterschrift und Amtsbezeichnung des **prüfenden** Beamten

Entscheidung der Bußgeldstelle
nach Abschluß der Ermittlungen
Geldbuße DM**Fahrverbot** Monat(e), ausgen. Kl.

Kosten trägt der Betroffene

Gebühr DM

Auslagen der Bußgeldstelle DM

Auslagen der Polizei DM

Gesamtbetrag DM**Einstellung** des Verfahrens, weil
 Tatbeweis D Täterfeststellung ☐ nicht möglich

Verjährung eingetreten am

Weitere Verfolgung nicht angebracht D

 Kostenentscheidung **gemäß** § 25 a StVG ☐

Bescheid / Einstellungsmitteilung an Betroffenen D

gesetzl. Vertreter ☐ **Verteidiger** D **Zust. Bev.** ☐

 Ausfertigung an gesetzl. Vertreter ☐ **Verteidiger** ☐
Wvl. Anzeigerstatte ☐

..... den

 I. A.
 (Unterschrift)

 *) Nichtzutreffendes streichen.
 **) Kann auch für andere Ordnungswidrigkeiten verwendet werden.
 ***) In jedem Fall angeben, ggf. Familiennamen markieren.
 ****) Bei Geldbußen ab 10 DM.

20510

Anlage 5
(Blatt 1, Rückseite - gelb)**Rechtsbehelfsbelehrung**

Dieser Bußgeldbescheid wird rechtskräftig und vollstreckbar, wenn Sie nicht **Innerhalb von zwei Wochen** nach seiner Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift bei der umseitig genannten Behörde Einspruch einlegen.

Wird der **Einspruch** schriftlich eingelegt, so ist die Frist nur gewahrt, wenn der Einspruch vor Ablauf der Frist bei dieser Behörde eingegangen ist.

Wichtige Hinweise bei einem Einspruch

Der Einspruch muß in deutscher **Sprache** abgefaßt sein.

Sie haben die **Möglichkeit**, bis zum Ablauf der Einspruchsfrist die Tatsachen und Beweismittel zu benennen, die Sie im weiteren Verfahren zu Ihrer Entlastung vorbringen wollen; hierzu **sind** Sie nicht verpflichtet. Ich weise Sie jedoch darauf hin, daß Ihnen, falls entlastende Umstände nicht rechtzeitig vorgebracht werden, unabhängig vom Ausgang des Verfahrens, Nachteile bei der **Kostenfestsetzung** entstehen können.

Bei einem Einspruch kann auch eine für Sie nachteiligere Entscheidung getroffen werden.

Nimmt die Verwaltungsbehörde den Bußgeldbescheid trotz Ihres Einspruchs nicht zurück, so leitet sie den Vorgang über die Staatsanwaltschaft an das zuständige Amtsgericht zur Entscheidung weiter.

Hinweise bei einem Fahrverbot

Das Fahrverbot wird mit der Rechtskraft des Bußgeldbescheides wirksam. Von diesem Zeitpunkt an ist Ihnen das Führen von Kraftfahrzeugen jeder Art (auch Mofa) im Straßenverkehr verboten, sofern der Bußgeldbescheid nicht ausdrücklich Ausnahmen zuläßt. Wenn Sie trotzdem ein Kraftfahrzeug führen, machen Sie sich nach § 21 StVG strafbar.

Unabhängig von dem Beginn der Wirksamkeit des Fahrverbots wird die **Verbotsfrist** erst von dem Tag an gerechnet, an dem Ihr Führerschein in amtliche Verwahrung genommen oder an dem das Fahrverbot in einem ausländischen Fahrausweis vermerkt wird. Es liegt deshalb in Ihrem eigenen Interesse, Ihren Führerschein oder Fahrausweis (auch **Ersatzführerschein**, Bundeswehrführerschein und **dgl.**) sofort nach Rechtskraft der umseitig genannten Behörde zu übersenden oder abzuliefern, weil sich sonst die Verbotsfrist um die Zeitspanne zwischen Rechtskraft und Ablieferung zu Ihrem Nachteil verlängert. Wenn Sie Ihren **Führerschein nicht** übersenden oder abliefern, **muß** er beschlagnahmt werden.

Zahlungsaufforderung

Sie werden gebeten, spätestens zwei Wochen nach Rechtskraft des **Bußgeldbescheides** den zu zahlenden Gesamtbetrag auf **eines** der angegebenen Konten zu überweisen.

Sollten Sie zahlungsunfähig sein, so haben Sie der umseitig angegebenen Behörde unter eingehender Begründung rechtzeitig vor Ablauf der Zahlungsfrist mitzuteilen, warum Ihnen die fristgemäße Zahlung nach Ihren wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zuzumuten ist; geeignete **Nachweise** (z. B. Verdienstbescheinigung des Arbeitgebers, Beleg über Sozialhilfe) sind beizufügen. Auf Antrag kann Ihnen unter diesen Umständen ggf. Ratenzahlung gewährt werden.

Falls Sie weder die Zahlungsfrist einhalten noch Ihre Zahlungsunfähigkeit rechtzeitig dartun, wird der fällige Betrag **zwangsweise** beigetrieben. Auch kann das Amtsgericht zur Beitreibung der Geldbuße gegen Sie Erzwingungshaft anordnen.

Zahlungen sind zu leisten an

Bei allen Zahlungen, Einsprüchen oder sonstigen Eingaben ist zur Bearbeitung die Angabe des Aktenzeichens unerlässlich.

1. Bescheid zugestellt am rechtskräftig seit
2. Nachricht an KBA fertigen abgesandt am
3. Sollstellung fertigen
4. Bei Fahrverbot, Wohnortbehörde benachrichtigen
5. Vermerk zur Liste
6. ZdA Datum/Unterschrift

20510

Anlage 5
(Blatt 2, Rückseite - blau)

Schriftliche Äußerung zu umseitigem Sachverhalt

1 Angaben zu Ihrer Person
(Pflichtangaben)1.1 Familienname
ggf. auch Geburtsname1.2 Vornamen
(Rufnamen unterstreichen)

1.3 PLZ, Wohnort

1.4 Straße und Hausnummer

1.5 Geburtstag

1.6 Geburtsort

2 Angaben zum gesetzlichen Vertreter
(Bei Personen bis zum 18. Lebensjahr)

Namen, Verwandtschaftsverhältnis und Anschrift

des gesetzl. Vertreters (Eltern, Vormund)

3 Angaben zur FahrerlaubnisFührerschein Klasse ausgestellt am durch
Straßenverkehrsbehördeerweitert am auf Klasse durch
Straßenverkehrsbehörde

besonderer Führerschein zur Fahrgastbeförderung

ausgestellt am durch
Straßenverkehrsbehörde**4 Angaben zur Sache**

Wird der Verkehrsverstoß zugegeben?

☐ ja.

Wenn nein, aus welchen Gründen:

Bitte zurücksenden an

Für weitere Ausführungen besonderes Blatt beifügen.

, den

Unterschrift

Nachricht an das Kraftfahrt-Bundesamt

Fristende:

Punkte:

Raum für KBA

Name und Anschrift des
gesetzl. Vertreters/Verteidigers/Zust. Bev. *)

Aktenzeichen der Verwaltungsbehörde	
Herrn / Frau *)	
Vornamen	
Familiennamen	
Straße	
PLZ/Ort	
Geb.-Name***)	
Geb.-Tag/-Ort	
Geschlecht M = 1 <input type="checkbox"/>	Jugendlicher = 1 <input type="checkbox"/>
W = 2 <input type="checkbox"/>	Heranwachsender = 2 <input type="checkbox"/>

Führerschein Kl. ausgest. am
durch
erweitert
KOM/Taxi/Mietwg./*)-Fsch. ausgest. am
durch

Der Betroffene hat
Uhrzeit
am
in
..... als Führer/Halter*)
d. (Fahrzeugart)
Fabrikat
Kennz.
als Radfahrer/Fußgänger *)/

Tatkennziffer *****)	folgende Ordnungswidrigkeit(en) nach § 24 StVG/..... begangen	Verl. Vorschr. §§

Bemerkungen/Tatfolgen
Beweismittel: Angaben des Betroffenen ☐ Gutachten p Foto P Fahrtschreiber P Radarmessung P Zeugenaussage P
Anzeigerstatter (A)/Zeugen (Z)

Vfg. der Verw. Beh.
Geldbuße DM
Fahrverbot Monat(e), ausgen. Kl.

An das

Kraftfahrt-Bundesamt
2390 Flensburg

Der Bußgeldbescheid vom
ist rechtskräftig seit

Im Auftrag
(Unterschrift)

Tat k e n n z i f f e r n

Straftaten		An-, Ein- oder Ausfahren, Abbiegen		Ladung, Ladegeschäft			
A 1	Verkehrsunfallflucht	7 P	D 1 Verbotenes Ein- oder Ausfahren auf Autobahnen oder Kraftfahrstraßen	3 P	Führen eines Fahrzeugs oder Anordnen. Zulassen der Inbetriebnahme mit		
Straßenverkehrsgefährdung durch Führen eines Fahrzeugs bei Fahr-unsicherheit infolge			O 2 Falsches Ein- oder Anfahren unter Gefährdung anderer	2 P	K 1 mangelhaft gesicherter Ladung	3 P	
A 2	Alkoholgenusses	7 P	D 3 Falsches Verhalten beim Abbiegen unter Gefährdung anderer	2 P	K 2 einer Ladung mit unzulässiger Höhe, Breite, Länge oder mit unzulässig herausragender Ladung	1 P	
A 3	Genusses anderer berauschender Mittel	7 P	D 4 Falsches Verhalten beim Ein- oder Anfahren oder beim Abbiegen in sonstigen Fällen	1 P	Überschreiten der zulässigen Gewichte. Achslasten oder Anhängelasten eines Fahrzeugs		
A 4	geistiger oder körperlicher Mangel	7 P	Wenden, Rückwärtsfahren		K 3	um mehr als 20 % für Führen oder um mehr als 10 % für Anordnen Zulassen der Inbetriebnahme	3 P
grob verkehrswidrige(s) und rücksichtslose(s)			E 1 Wenden oder Rückwärtsfahren auf Autobahnen oder Kraftfahrstraßen (soweit nicht A 10)	4 P	K 4	in anderen Fällen	1 P
A 5	Vorfahrtmißachtung	7 P	E 2 Falsches Verhalten beim Wenden unter Gefährdung anderer (soweit nicht E 1)	2 P	K 5	Unzulässige* Mitnahme von Personen auf Kraftfahrzeugen oder Anhängern	1 P
A 6	Fehlverhalten beim Überholen	7 P	E 3 Behindern oder Gefährden des Verkehrs beim Rückwärtsfahren (soweit nicht E 1)	1 P	Technische Mängel		
A 7	Fehlverhalten an Fußgängerüberwegen	7 P	Überholen, Vorbeifahren, Begegnen		Führen eines Fahrzeugs oder Anordnen/ Zulassen der Inbetriebnahme mit		
A 8	zu schnelles Fahren	7 P	F 1 Verbotenes Überholen oder Vorbeifahren durch Kraftfahrzeugführer an Fußgängerüberwegen unter Gefährdung von Fußgängern (soweit nicht A 7)	4 P	L 1	mangelhaften Reifen	3 P
A 9	Mißachtung des Rechtsfahrgebots	7 P	Überholen bei Unübersichtlichkeit oder bei unklarer Verkehrslage		L 2	mangelhaften Bremsen	3 P
A 10	Wenden oder versuchtes Wenden auf Autobahnen	7 P	F 2 unter Nichtbeachtung von Überholverbotszeichen oder Fahrstreifenbegrenzungen	1 P	L 3	unzulänglicher oder unzulässiger Beleuchtungseinrichtung	3 P
A 11	Nichtkennlichmachung haltender oder liegengebliebener Fahrzeuge	7 P	F 3 in anderen Fällen	3 P	L 4	anderen die Verkehrssicherheit erheblich beeinträchtigenden Mängeln (z. B. an Lenkung, Anhängerkupplung)	3 P
Führen eines Fahrzeugs bei Fahr-unsicherheit infolge			F 4 Verbotenes Rechtsüberholen außerhalb geschlossener Ortschaften	3 P	Sonstige Ordnungswidrigkeiten		
A 12	Alkoholgenusses	7 P	F 5 Behindern oder Gefährden des Gegenverkehrs nachfolgenden Verkehrs oder des überholten Fahrzeugs beim Überholen	1 P	M 1	Beförderung von Fahrgästen in einem Kraftomnibus, einer Kraftdroschke, einem Mietwagen, einem Krankenkraftwagen oder in einem hinter einem Kraftfahrzeug mitgeführten Omnibusanhänger vorgenommen/ angeordnet zugelassen, obwohl der Führer des Fahrzeugs Zuges die erforderliche Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung nicht besitzt	3 P
A 13	Genusses anderer berauschender Mittel	7 P	F 6 Unzulässiger Fahrstreifenwechsel unter Gefährdung anderer	2 P	M 2	Gebrauch oder Gestatten des Gebrauchs zulassungspflichtiger Fahrzeuge ohne Zulassung oder betriebslaubnispflichtiger Fahrzeuge ohne Betriebserlaubnis	3 P
A 14	Rauschat *)	7 P	F 7 Falsches Vorbeifahren an Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel	2 P	M 3	Fahren außerhalb geschlossener Ortschaften ohne Licht oder nur mit Standlicht bei erheblicher Sichtbehinderung durch Nebel, Schneefall oder Regen	3 P
A 15	Fahren ohne Fahrerlaubnis	8 P	F 8 Sonstiges Fehlverhalten beim Überholen, Überholtwerden, Vorbeifahren	1 P	M 4	Sonstiges Fahren ohne Licht oder mit unzulässiger oder unzulänglicher Beleuchtungseinrichtung (soweit nicht L 3)	1 P
A 16	Fahren trotz Fahrverbots oder trotz Verwahrung, Sicherstellung oder Beschlagnahme des Führerscheins	6 P	F 9 Verletzen des Rechtsfahrgebots bei(m) Gegenverkehr, Überholtwerden, an Kuppen, in unübersichtlichen Kurven, bei sonstiger Unübersichtlichkeit	2 P	M 5	Nicht- oder ungenügendes Kennlichmachen liegengebliebener Fahrzeuge (soweit nicht A 11)	2 P
A 17	Kennzeichenmißbrauch	6 P	Geschwindigkeit		M 6	Überschreiten der Anmeldefrist zur Hauptuntersuchung um mehr als 4 Monate	2 P
A 18	Gebrauch oder Gestatten des Gebrauchs unsicherer Kraftfahrzeuge oder Anhänger	6 P	Überschreiten der zulässigen Höchstgeschwindigkeit		M 7	Gefährden anderer Verkehrsteilnehmer beim Ein- oder Aussteigen	1 P
A 19	Unbefugter Gebrauch von Kraftfahrzeugen	5 P	innerhalb geschl. Ortschaften		M 8	Übermäßige Geräusch-, Abgas- oder Rauchentwicklung	1 P
A 20	Nötigung *)	5 P	außerhalb geschl. Ortschaften		M 9	Unzulässiges oder verkehrsgefährdendes Schleppen oder Abschleppen von Fahrzeugen	1 P
A 21	Tötung *)	5 P	G 1 um mehr als 40 km/h	4 P	M 10	Vorschriftswidriges Verhalten von Fußgängern, Radfahrern, Reitern und anderen Nicht-Kraftfahrzeugführern	1 P
A 22	Körperverletzung *)	5 P	G 2 um mehr als 25 km/h	3 P	M 11	Führen eines Fahrzeugs trotz körperlicher oder geistiger Mängel (soweit nicht Straftatbestand oder B 1)	1 P
A 23	Andere Straftaten *)	5 P	G 3 um bis zu 25 km/h	1 P	M 12	Andere nicht aufgeführte Ordnungswidrigkeiten	1 P
			G 4 Überhöhte Geschwindigkeit bei Unübersichtlichkeit oder an Straßenkreuzungen, Straßeneinmündungen oder Bahnübergängen	3 P			
Ordnungswidrigkeiten			Sicherheitsabstand				
0,5 Promille-Grenze (§ 24a StVG)			Ungenügender Sicherheitsabstand				
Vorfahrt, Verkehrsregelung			bei einer Geschwindigkeit von mehr als 80 km/h				
Nichtbeachten der Vorfahrt durch			in anderen Fällen				
C 1	Kraftfahrzeugführer (soweit nicht A 5)	3 P	Parken				
C 2	Führer anderer Fahrzeuge	1 P	J 1	Verbotenes Parken auf Autobahnen oder Kraftfahrstraßen	2 P		
C 3	Nichtbeachten des Rotlichts (als Wechsel- oder Dauerlichtzeichen) von Lichtzeichenanlagen oder des Haltezeichens von Polizeibeamten oder grobes Nichtbeachten des STOP-Zeichens durch Fahrzeugführer	3 P	J 2	Sonstiges verbotenes Parken	1 P		
C 4	Unzulässiges Überqueren von Bahnübergängen durch Fahrzeugführer	3 P					
C 5	Nichtbeachten der sonstigen vorfahrtregelnden Verkehrszeichen	1 P					
C 6	Nichtbeachten der sonstigen Verkehrsregelung durch Polizeibeamte, Verkehrszeichen oder Verkehrseinrichtungen	1 P					

Hinweis: Bei Tateinheit sind sämtliche Kennziffern der verletzten Vorschriften anzugeben. In diesem Falle werden die Punkte für jede Verkehrszuordnung addiert. Bei Tateinheit sind ebenfalls sämtliche Kennziffern der verletzten Vorschriften anzugeben; jedoch wird in diesem Fall nur die Zuwiderhandlung mit der höchsten Punktzahl berücksichtigt.

) Bei den mit einem Sternchen () versehenen Straftaten ist die Tatkenziffer der zugrundeliegenden Verkehrsordnungswidrigkeit mit anzugeben; die Punktzahl für die Straftat erhöht sich dadurch nicht.

Erläuterung: A2 bis A11 sind die Anwendungsfälle des § 315 c StGB. A12 und A13 betreffen Verurteilungen nach § 316 StGB.

Buchgeldbescheid (4)

20510**Anlage 5**
(Blatt 4, Rückseite – rosa)**Wichtige Hinweise bei einem Einspruch**

Der Einspruch muß in deutscher Sprache abgefaßt sein.

Sie haben die Möglichkeit, bis zum Ablauf der Einspruchsfrist die Tatsachen und Beweismittel zu benennen, die Sie im weiteren Verfahren zu Ihrer Entlastung vorbringen wollen; hierzu sind Sie nicht verpflichtet. Ich weise Sie jedoch darauf hin, daß Ihnen, falls entlastende Umstände nicht rechtzeitig vorgebracht werden, unabhängig vom Ausgang des Verfahrens, Nachteile bei der Kostenfestsetzung entstehen können.

Bei einem Einspruch kann auch eine für Sie nachteiligere Entscheidung getroffen werden.

Nimmt die Verwaltungsbehörde den Bußgeldbescheid trotz Ihres Einspruchs nicht zurück, so leitet sie den Vorgang über die Staatsanwaltschaft an das zuständige Amtsgericht zur Entscheidung weiter.

Hinweise bei einem Fahrverbot

Das Fahrverbot wird mit der Rechtskraft des Bußgeldbescheides wirksam. Von diesem Zeitpunkt an ist Ihnen das Führen von Kraftfahrzeugen jeder Art (auch Mofa) im Straßenverkehr verboten, sofern der Bußgeldbescheid nicht ausdrücklich Ausnahmen zuläßt. Wenn Sie trotzdem ein Kraftfahrzeug führen, machen Sie sich nach § 21 StVG strafbar.

Unabhängig von dem Beginn der Wirksamkeit des Fahrverbots wird die Verbotsfrist erst von dem Tag an gerechnet, an dem Ihr Führerschein in amtliche Verwahrung genommen oder an dem das Fahrverbot in einem ausländischen Fahrausweis vermerkt wird. Es liegt deshalb in Ihrem eigenen Interesse, Ihren Führerschein oder Fahrausweis (auch Ersatzführerschein, Bundeswehrführerschein und dgl.) sofort nach Rechtskraft der umseitig genannten Behörde zu übersenden oder abzuliefern, weil sich sonst die Verbotsfrist um die Zeitspanne zwischen Rechtskraft und Ablieferung zu Ihrem Nachteil verlängert. Wenn Sie Ihren Führerschein nicht übersenden oder abliefern, muß er beschlagnahmt werden.

Zahlungsaufforderung

Sie werden gebeten, spätestens zwei Wochen nach Rechtskraft des Bußgeldbescheides den zu zahlenden Gesamtbetrag auf eines der angegebenen Konten zu überweisen.

Sollten Sie zahlungsunfähig sein, so haben Sie der umseitig angegebenen Behörde unter eingehender Begründung rechtzeitig vor Ablauf der Zahlungsfrist mitzuteilen, warum Ihnen die fristgemäße Zahlung nach Ihren wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zuzumuten ist; geeignete Nachweise (z. B. Verdienstbescheinigung des Arbeitgebers, Beleg über Sozialhilfe) sind beizufügen. Auf Antrag kann Ihnen unter diesen Umständen ggf. Ratenzahlung gewährt werden.

Falls Sie weder die Zahlungsfrist einhalten noch Ihre Zahlungsunfähigkeit rechtzeitig dartun, wird der fällige Betrag zwangsweise beigetrieben. Auch kann das Amtsgericht zur Beitreibung der Geldbuße gegen Sie Erzwingungshaft anordnen.

Zahlungen sind zu leisten an

Bei allen Zahlungen, Einsprüchen oder sonstigen Eingaben ist zur Bearbeitung die Angabe des Aktenzeichens unerlässlich.

Postzustellungsurkunde

1.1 Geschäftsnummer

1.2 Ggf. weitere Kennz.

7.3 Empfänger

1.4 <input type="checkbox"/> Weitersenden innerhalb des Auslieferungsbereichs	1.5 <input type="checkbox"/> Landgerichtsbezirks
1.6 <input checked="" type="checkbox"/> Bereich der Deutschen Bundespost	1.7 <input type="checkbox"/> Bereich der Deutschen Bundespost jedoch nicht nach Berlin (West)

« Bei der Zustellung zu beachtende Vermerke »	
1.8 <input type="checkbox"/>	Ersatzzustellung ausgeschlossen
7.9 <input type="checkbox"/>	Keine Ersatzzustellung an:
7.10 <input type="checkbox"/>	Nicht durch Niederlegung zustellen
1.11 <input type="checkbox"/>	Mit Angabe der Uhrzeit zustellen

A Zustellung durch Übergabe oder Zurücklassen nach Annahmeverweigerung

Die mit obiger Anschrift (1.3) und Geschäftsnummer (1.1) versehene Sendung (verschlissenes Schriftstück) habe ich in meiner Eigenschaft als Postbediensteter zugestellt.

2 Art der Zustellung	S bei Einzelperson, Einzel- firma, Reibst u. Reibst (Vergewaltigung)	Persönliche Zustellung	2.1 Ich habe die Sendung dem Empfänger/Inhaber der Einzelfirma persönlich (3.1 oder 3.2).
		Ersatzzustellung im Geschäftslokal	2.2 Ich habe den Empfänger/Inhaber der Einzelfirma selbst im Geschäftslokal nicht angetroffen. Daher habe ich die Sendung dort dem Bediensteten (3.2).
		Ersatzzustellung in der Wohnung	2.3 Ich habe den Empfänger/Inhaber der Einzelfirma Reibst in der Wohnung nicht angetroffen. Daher habe ich die Sendung dort dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen/im Dienst der Familie stehenden Erwachsenen (3.2).
		Ersatzzustellung an den Hauswirt/Vermieter	2.4 Ich habe in der Wohnung weder den Empfänger/Inhaber der Einzelfirma selbst noch einen zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder einen im Dienst der Familie stehenden Erwachsenen angetroffen. Daher habe ich die Sendung dem im selben Haus wohnenden und zur Annahme bereiten Hauswirt/Vermieter (3.2).
S bei juristischer Person, Behörde, Gesellschaft, Gewerkschaft	S für Vergewaltigung	Persönliche Zustellung	2.5 Ich habe die Sendung einem Vertretungsberechtigten (gesetzlichen Vertreter/Vorsteher) persönlich (3.1 oder 3.2).
		Ersatzzustellung im Geschäftslokal	2.6 Ich habe während der gewöhnlichen Geschäftsstunden das Geschäftslokal (4.1 oder 4.2) aufgesucht und dort keinen Vertretungsberechtigten (gesetzlichen Vertreter/Vorsteher) erreicht. Daher habe ich die Sendung dort dem Bediensteten (3.2).
		Ersatzzustellung in der Wohnung	2.7 Ein besonderes Geschäftslokal ist nicht vorhanden. In der Wohnung (4.1 oder 4.2) des in der Anschrift (1.3) 2.8 des Vertretungsberechtigten (gesetzlichen Vertreters/Vorstehers) Herrn/Frau/Frl. (Vorname, Name) bezeichneten Vertretungsberechtigten (gesetzlichen Vertreters/Vorstehers) habe ich diesen nicht angetroffen. Daher habe ich die Sendung dort dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen/im Dienst der Familie stehenden Erwachsenen (3.2).
		Ersatzzustellung an den Hauswirt/Vermieter	2.9 Ein besonderes Geschäftslokal ist nicht vorhanden. In der Wohnung (4.1 oder 4.2) des in der Anschrift (1.3) 2.10 des Vertretungsberechtigten (gesetzlichen Vertreters/Vorstehers) Herrn/Frau/Frl. (Vorname, Name) bezeichneten Vertretungsberechtigten (gesetzlichen Vertreters/Vorstehers) habe ich weder diesen noch einen zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder einen im Dienst der Familie stehenden Erwachsenen angetroffen. Daher habe ich die Sendung dem im selben Haus wohnenden und zur Annahme bereiten Hauswirt/Vermieter (3.2).

3 Person, der die Sendung übergeben/bei der sie zurückgelassen wurde	3.1 <input type="checkbox"/> und zwar dem in der Anschrift (1.3) namentlich bezeichneten Einzelempfänger/Vertretungsberechtigten	3.2 Herrn/Frau/Frl. (Vorname, Name)
---	--	-------------------------------------

4 Ort der Zustellung	4.1 <input type="checkbox"/> unter der Zustellanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, Zustellamtsnummer) - wie in 1.3 -	4.2 an folgendem Ort - soweit von 1.3 abweichend - (Straße und Hausnummer) (ggf.: Postleitzahl, Ort, Zustellamtsnummer)
-------------------------	---	--

5 Form der Zustellung	5.1 <input type="checkbox"/> übergeben.	5.2 zu übergeben versucht. Da er die Annahme verweigerte, habe ich die Sendung am Ort der Zustellung zurückgelassen. (Nicht bei 2.4, 2.9, 2.10)
--------------------------	---	---

Den Tag der Zustellung, ggf. mit Uhrzeit habe ich auf der Sendung vermerkt.
Die Zustellung habe ich ausgeführt

6 Zeit der Zustellung, Unterschrift (zu A)	6.1 Datum	6.2 Auf Verlangen Uhrzeit	6.3 Unterschrift des Zustellers
	am	um	Uhr.

20510

Anlage 5
(Blatt 5, Rückseite - blau)**B Zustellung durch Niederlegung**

I Ich habe heute in meiner Eigenschaft als Postbediensteter versucht, die mit umseitiger Anschrift (1.3) und Geschäftsnummer (1.1) versehene Sendung (verschlossenes Schriftstück) zuzustellen.

7 Ort des Zustellversuchs	7.1 <input type="checkbox"/> In der Wohnung des in der Anschrift bezeichneten Empfängers (Einzelperson, Einzelfirma, Rechtsanwalt usw.) - Name und Zustellanschrift wie 1.3-
	Für die in der Anschrift (1.3) bezeichnete juristische Person, Behörde, Gesellschaft oder Gemeinschaft (Vereinigung) ist ein besonderes Geschäftslokal nicht vorhanden. In der Wohnung 7.2 <input type="checkbox"/> des in der Anschrift bezeichneten Vertretungsberechtigten (gesetzlichen Vertreters/Vorstehers) - Name und Zustellanschrift wie in 1.3- 7.3 des Vertretungsberechtigten (gesetzlichen Vertreters/Vorstehers) Herrn/Frau/Frl. (Vorname, Name) (Straße und Hausnummer) (Postleitzahl, Ort, ggf. Zustellamtsnummer)

habe ich weder den Empfänger/Inhaber der Einzelfirma/Vertretungsberechtigten noch einen zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder einen im Dienst der Familie stehenden Erwachsenen angetroffen. Auch eine Übergabe an den Hauswirt/Vermieter war nicht möglich.
 Ich habe unter der Anschrift des Empfängers (1.3, ggf. 7.3) die schriftliche Benachrichtigung über die vorzunehmende Niederlegung (10.1 bis 11.3) •

8 Benachrichtigung über die vorzunehmende Niederlegung	8.1 <input type="checkbox"/> -wie bei gewöhnlichen Briefen üblich- in den Hausbriefkasten eingelegt.
	8.2 <input type="checkbox"/> in der für ihn bei gewöhnlichen Briefen üblichen Weise abgegeben, nämlich (Art der Abgabe)
	8.3 Herrn/Frau/Frl. (Vorname, Name, Straße und Hausnummer)
	der/die in der Nachbarschaft wohnt, zur Weitergabe an den Empfänger ausgehändigt, da die Abgabe in der bei gewöhnlichen Briefen üblichen Weise nicht tunlich war.
8.4 <input type="checkbox"/> an der Wohnungstür des Empfängers befestigt, da die Abgabe in der bei gewöhnlichen Briefen üblichen Weise nicht tunlich war.	

9 Unterschrift (zu B I)	9.1 Unterschrift des Zustellers	9.2 Datum des Zustellversuchs

II Ich habe in meiner Eigenschaft als Postbediensteter die mit umseitiger Anschrift (1.3) und Geschäftsnummer (1.1) versehene Sendung (verschlossenes Schriftstück) durch Niederlegung beim Postamt

10 Ort der Niederlegung	10.1 Postleitzahl, Ort, Bezeichnung des Postamts
	in

zugestellt Den Tag der Zustellung durch Niederlegung, ggf. mit Uhrzeit, habe ich auf der Sendung vermerkt. Die Zustellung durch Niederlegung habe ich ausgeführt

11 Zeit der Zustellung durch Niederlegung, Unterschrift (zu B II)	11.1 Datum der Niederlegung	11.2 Auf Verlangen Uhrzeit	7.7.3 Unterschrift des Postbediensteten, der die Sendung niedergelegt hat
	am	um	Uhr.

Postzustellungsurkunde/Postzustellungsauftrag
zurück an Absender

72 Postdienstlicher Vermerk
über den Grund der Nichtzustellung
 12.1 ☐ Empfänger unbekannt 12.2 ☐ Empfänger unbekannt verzogen
72.3 Weitersendung nicht verlangt/nicht möglich:
Empfänger verzogen nach:

(Straße und Hausnummer)

(Postleitzahl, Ort, ggf. Zustellamtsnummer)

12.4 ☐ Empfänger verstorben12.5 ☐ Firma erloschen

72.6 Anderer Grund

72.7 Namenszeichen

72.8 Datum

Anfrage-Nr.

Anlage 5
(Blatt 6, Vorderseite - weiß)**20510****Antrag auf Auskunft aus dem Verkehrszentralregister**

Herrn / Frau	
Vornamen	
Familienname	
Straße	
PLZ/Ort	
Geb.-Name "
Geb.-Tag/-Ort

<p>An das</p> <p>Kraftfahrt-Bundesamt</p> <p>2390 Flensburg</p>

Es wird um Auskunft aus dem Verkehrszentralregister nach § 30 Straßenverkehrsgesetz für Zwecke der Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit gebeten.

Dienststempel-
abdruck

.....
Behörde

.....
Ort, Datum

.....
Geschäftsnummer

.....
Unterschrift

Kraftfahrt-Bundesamt

2390 Flensburg, den

U. an einsendende
Stelle zurückgesandt.

☐ Hier Anschrift für Rückantwort eintragen!

Zahl der Anlagen:

(Abweichungen zur Person in den Registerunterlagen bzw. schlecht leserliche Angaben sind rot gekennzeichnet, ggf. ist eine Identitätsprüfung erforderlich.)

Im Auftrag

20510

Anlage 5
(Blatt 6, Rückseite - weiß)

Tat k e n n z i f f e r n

Straftaten		An-, Ein- oder Ausfahren, Abbiegen	Ladung, Ladegeschäft					
A 1	Verkehrsunfallflucht	7P	D 1	Verbotenes Ein- oder Ausfahren auf Autobahnen oder Kraftfahrstraßen	3P	Führen eines Fahrzeugs oder Anordnen/Zulassen der Inbetriebnahme mit		
	Straßenverkehrsgefährdung durch Führen eines Fahrzeugs bei Fahrunsicherheit infolge		D 2	Falsches Ein- oder Anfahren unter Gefährdung anderer	2P	K 1	mangelhaft gesicherter Ladung	3P
A 2	Alkoholgenusses	7P	D 3	Falsches Verhalten beim Abbiegen unter Gefährdung anderer	2P	K 2	einer Ladung mit unzulässiger Hohe Breite/Länge oder mit unzulässig herausragender Ladung	1P
A 3	Genusses anderer berauschender Mittel	7P	O 4	Falsches Verhalten beim Ein- oder Anfahren oder beim Abbiegen in sonstigen Fällen	1P		Überschreiten der zulässigen Gewichte, Achstasten oder Anhängelasten eines Fahrzeugs	
A 4	geistiger oder körperlicher Mängel	7P		Wenden, Rückwärtsfahren		K, 3	um mehr als 20 % (für Führen oder um mehr als 10 % für Anordnen Zulassen der Inbetriebnahme)	3P
	grob verkehrswidrige(s) und rücksichtslose(s)		E 1	Wenden oder Rückwärtsfahren auf Autobahnen oder Kraftfahrstraßen (soweit nicht A 10)	4P	K 4	in anderen Fällen	1P
A 5	Vorfahrtsmißachtung	7P	E 2	Falsches Verhalten beim Wenden unter Gefährdung anderer (soweit nicht E 1)	2P	K 5	Unzulässige Mitnahme von Personen auf Kraftfahrzeugen oder Anhängern	1P
A 6	Fehlverhalten beim Überholen	7P	E 3	Behindern oder Gefährden des Verkehrs beim Rückwärtsfahren (soweit nicht E 1)	1P		Technische Mängel	
A 7	Fehlverhalten an Fußgängerüberwegen	7P		Überholen, Vorbeifahren, Begegnen			Führen eines Fahrzeugs oder Anordnen/Zulassen der Inbetriebnahme mit	
A 8	zu schnelles Fahren	7P	F 1	Verbotenes Überholen oder Vorbeifahren durch Kraftfahrzeugführer an Fußgängerüberwegen unter Gefährdung von Fußgängern (soweit nicht A 7)	4P	L 1	mangelhaften Reifen	3P
A 9	Mißachtung des Rechtsfahrgebots	7P		Überholen bei Unübersichtlichkeit oder bei unklarer Verkehrslage		L 2	mangelhaften Bremsen	3P
A 10	Wenden oder versuchtes Wenden auf Autobahnen	7P	F 2	unter Nichtbeachtung von Überholverbotszeichen oder Fahrstreifenbegrenzungen	4P	L 3	unzulänglicher oder unzulässiger Beleuchtungseinrichtung	3P
A 11	Nichtkenntlichmachung haltender oder liegengebliebener Fahrzeuge	7P	f 3	in anderen Fällen	3P	L 4	anderen die Verkehrssicherheit erheblich beeinträchtigenden Mängeln (z. B. an Lenkung/Anhängerkupplung)	3P
	Führen eines Fahrzeugs bei Fahrunsicherheit infolge		F 4	Verbotenes Rechtsüberholen außerhalb geschlossener Ortschaften	3P		Sonstige Ordnungswidrigkeiten	
A 12	Alkoholgenusses	7P	F 5	Behindern oder Gefährden des Gegenverkehrs nachfolgenden Verkehrs oder des überholten Fahrzeugs beim Überholen	1P	M 1	Beförderung von Fahrgästen in einem Kraftomnibus, einer Kraftdroschke, einem Mietwagen, einem Krankenkraftwagen oder in einem hinter einem Kraftfahrzeug mitgeführten Omnibusanhänger vorgenommen/angeordnet/zugelassen, obwohl der Führer des Fahrzeugs Zuges die erforderliche Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung nicht besitzt	3P
A 13	Genusses anderer berauschender Mittel	7P	F 6	Unzulässiger Fahrstreifenwechsel unter Gefährdung anderer	2P	M 2	Gebrauch oder Gestatten des Gebrauchs zulassungspflichtiger Fahrzeuge ohne Zulassung oder betriebsleiterpflichtiger Fahrzeuge ohne Betriebsleiterlaubnis	3P
A 14	Rauschat *)	7P	F 7	Falsches Vorbeifahren an Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel	2P	M 3	Fahren außerhalb geschlossener Ortschaften ohne Licht oder nur mit Standlicht bei erheblicher Sichtbehinderung durch Nebel, Schneefall oder Regen	3P
A 15	Fahren ohne Fahrerlaubnis	6P	F 8	Sonstiges Fehlverhalten beim Überholen Überholtwerden Vorbeifahren	1P	M 4	Sonstiges Fahren ohne Licht oder mit unzulässiger oder unzulänglicher Beleuchtungseinrichtung (soweit nicht L 3)	1P
A 16	Fahren trotz Fahrverbots oder trotz Verwahrung, Sicherstellung oder Beschlagnahme des Führerscheins	6P	F 9	Verletzen des Rechtsfahrgebots bei(m) Gegenverkehr Überholtwerden an Kuppen, m unübersichtlichen Kurven, bei sonstiger Unübersichtlichkeit	2P	M 5	Nicht- oder ungenügendes Kenntlichmachen liegengebliebener Fahrzeuge (soweit nicht A 11)	2P
A 17	Kennzeichenmißbrauch	SP		Geschwindigkeit		M 6	Überschreiten der Anmeldefrist zur Hauptuntersuchung um mehr als 4 Monate	2P
A 18	Gebrauch oder Gestatten des Gebrauchs unsicherer Kraftfahrzeuge oder Anhänger	6P		Überschreiten der zulässigen Höchstgeschwindigkeit		M 7	Gefährden anderer Verkehrsteilnehmer beim Ein- oder Aussteigen	1P
A 19	Unbefugter Gebrauch von Kraftfahrzeugen	5P		innerhalb geschl. Ortschaften		M 8	Übermäßige Geräusch-, Abgas- oder Rauchentwicklung	1P
A 20	Nötigung *)	5P	G 1	um mehr als 40 km/h	4P	M 9	Unzulässiges oder verkehrsgefährdendes Schleppen oder Abschleppen von Fahrzeugen	1P
A 21	Tötung *)	5P	G 2	um mehr als 25 km/h	3P	M 10	Vorschriftswidriges Verhalten von Fußgängern, Radfahrern, Reitern und anderen Nicht-Kraftfahrzeugführern	1P
A 22	Körperverletzung *)	SP	G 3	um bis zu -25 km/h	1P	M 11	Führen eines Fahrzeugs trotz körperlicher oder geistiger Mängel (soweit nicht Straftatbestand oder B 1)	1P
A 23	Andere Straftaten *)	5P	G 4	Überhöhte Geschwindigkeit bei Unübersichtlichkeit oder an Straßenkreuzungen, Straßeneinmündungen oder Bahnübergängen	3P	M 12	Andere nicht aufgeführte Ordnungswidrigkeiten	1P
				außerhalb geschl. Ortschaften				
				0,8 Promille-Grenze (§ 24a StVG)				
B 1	Führen eines Kraftfahrzeugs unter Alkoholeinfluß (mindestens 0,8 Promille)	4P						
	Vorfahrt, Verkehrsregelung							
	Nichtbeachten der Vorfahrt durch							
C 1	Kraftfahrzeugführer (soweit nicht A 5)	3P						
C 2	Führer anderer Fahrzeuge	1P						
C 3	Nichtbeachten des Rotlichts (als Wechsel- oder Dauerlichtzeichen) von Lichtzeichenanlagen oder des Haltezeichens von Polizeibeamten oder grobes Nichtbeachten des STOP-Zeichens durch Fahrzeugführer	3P						
C 4	Unzulässiges Überqueren von Bahnübergängen durch Fahrzeugführer	3P						
C 5	Nichtbeachten der sonstigen vorfahrtregelnden Verkehrszeichen	1P						
C 6	Nichtbeachten der sonstigen Verkehrsregelung durch Polizeibeamte, Verkehrszeichen oder Verkehrseinrichtungen	1P						

Hinweis: Bei Tatumehrheit sind sämtliche Kennziffern der verletzten Vorschriften anzugeben. In diesem Falle werden die Punkte für jede Verkehrszu widerhandlung addiert. Bei Tateinheit sind ebenfalls sämtliche Kennziffern der verletzten Vorschriften anzugeben; jedoch wird in diesem Fall nur die Zuwiderhandlung mit der höchsten Punktzahl berücksichtigt.

) Bei den mit einem Sternchen () versehenen Straftaten ist die Tatkenziffer der zugrundeliegenden Verkehrsordnungswidrigkeit mit anzugeben; die Punktzahl für die Straftat erhöht sich dadurch nicht.

Erläuterung: A2 bis A11 sind die Anwendungsfälle des § 315 c StGB. A12 und A13 betreffen Verurteilungen nach § 316 StGB.

Datum

(Durchschrift für die Polizei)

*) In jedem Fall angeben, ggr. Familiennamen wiederholen.
*) Bei Geldbußen ab 10 DM.

Durchschrift für Polizei (7)